

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Liebe Menschen,

Hand auf's Herz, jetzt mal ganz ehrlich: Wir leben in Deutschland in einer Demokratie, welche sich laut Grundgesetz auf die Menschenrechte stützt. Wir profitieren von ihnen, wir preisen sie hoch. Unsere Außenministerin vergisst nie, auf ihren Reisen und Terminen darauf aufmerksam zu machen. Und dennoch gibt es mehr als genug Momente und Orte, an denen unsere Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Wir sind Teil der EU. Was an deren Außengrenzen passiert, trägt die Politik unseres Landes mit. Seit Jahren beteiligt sich die Grenzschutzagentur Frontex an rechtswidrigen Pushbacks. Menschen werden Illegal über das Meer in die Türkei oder nach Libyen zurückgeführt. Sie werden in Bulgarien verhaftet und abgeschoben. Oder man lässt die Menschen im Mittelmeer und in den Wäldern im Grenzgebiet sterben. Das heißt Tod durch Unterlassung zum Zweck der Abschreckung. Menschenrechtsverletzungen sind an den europäischen Grenzen zur Routine geworden.

Hand auf's Herz: Was hat das noch mit den Normen und Werten, auf denen sich die EU gründete, zu tun? Passt das zu Artikel 1 unseres Grundgesetzes?

In den letzten 10 Jahren sind über 26.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Sie waren auf der Flucht vor Not, Krieg und Verfolgung. Die Zahlen steigen seit 2022 wieder dramatisch. Die öffentliche Anteilnahme hierfür nimmt kontinuierlich ab, ebenso wie die Bereitschaft, politische Konsequenzen daraus zu ziehen. So möchte das Bundesverkehrsministerium mit einem neuen Gesetz dafür sorgen, dass noch mehr Menschen ertrinken. Auch die deutsche Willkommenskultur ist ganz schön abgekühlt. Das Verkehrsministerium kündigte an, die Sicherheitsanforderungen für kleine Schiffe zu verschärfen. Rettungsschiffe von NGO's sollen wie Frachter behandelt werden. Die Umrüstung kostet Unsummen. Damit wird die zivile Seenotrettung unmöglich gemacht.

Hand auf's Herz: Hinterfragen wir noch, ob Regierende die Minister:innen in Berlin sich an das Grundgesetz halten, auf welches sie vereidigt wurden? Wenigstens an Artikel 1?

Es ist bekannt, dass in Sachsens Erstaufnahmeeinrichtungen und im Abschiebegefängnis in Dresden menschenunwürdige Unterbringung und schlechte medizinische Betreuung an der Tagesordnung sind. Was fehlt, ist eine faire Begleitung. Aufgrund unseres komplizierten Rechtssystems wird die Begleitung nur durch Angestellte gewährleistet, während ehrenamtliche Strukturen keinen Zutritt erhalten.

Hand auf's Herz: Ist es nicht an der Zeit, klare Verhältnisse zu schaffen und dafür zu sorgen, dass betroffene Menschen die ihnen zustehende Beratung bekommen?

Der Freistaat Sachsen betreibt hier in Dresden seit dem Jahr 2018 eine Abschiebehaftanstalt. Ein Gefängnis für Menschen, die keine Straftat begangen haben. Sie waren lediglich an einem Ort, an den die EU sie nicht haben will. Abschiebungshaft widerspricht den Standards der Genfer Flüchtlingskonvention.

Hand auf's Herz: Haben wir uns nicht an diese Anstalt, die die Würde der Menschen mit Füßen tritt, gewöhnt? Hinterfragen wir sie beim zuständigen Sächsischen Staatsminister? Sein Ministerium tritt Artikel 1 des Grundgesetzes mit Füßen.

In Sachsen und generell in Ostdeutschland erleben wir gerade eine neue Stufe rassistischer und rechtsextremer Mobilisierungen. Zur Zielscheibe von Gewalt werden Geflüchtete und deren Unterstützer*innen sowie Menschen nicht weißer Hautfarbe, anderer Religion oder sexueller Orientierung sowie Journalist*innen, die über jene Zustände berichten. Brandanschläge auf Sammelunterkünfte für Geflüchtete häufen sich.

Hand auf's Herz: Haben wir uns daran gewöhnt? Bekommen wir mit, wenn die aus Tschetschenien stammende Verkäuferin gemobbt wird, der syrische Nachbar an manchen Tagen die Öffentlichkeit meidet, die geduldete Flüchtlingsfamilie bei jedem vorbei fahrenden Polizeiauto zusammenzuckt? Bemerkten wir, dass der Nachbar mit nicht weißer Hautfarbe von den anderen Nachbar*innen beleidigt wird? Nehmen wir verbale und körperliche Attacken auf politisch aktive Menschen, besonders im ländlichen Raum, überhaupt noch wahr? Fordern wir die Politik heraus, wenigstens dafür zu sorgen, dass Artikel 1 des Grundgesetzes für alle Menschen gilt!

Wir stehen heute hier, um euch zum Nachdenken zu bringen. Wir, das sind Mission LIFELINE, die Seebrücke Dresden, Zeugen der Flucht, die Refugee Law Clinic und die RAA Sachsen.

Fordern wir gemeinsam von der Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene einen Paradigmenwechsel:

Lasst alle, die sich für Menschen auf der Flucht sowie deren Rechte und Schutz einsetzen, ihre Arbeit machen. Wenn ihr selbst kein politisches Konzept habt, dann unterstützt sie, anstatt zu behindern! Sorgt dafür, dass Rassist:innen und Antidemokrat:innen endlich in ihre Schranken verwiesen werden. Ein Anfang dafür wäre ein Demokratiefördergesetz, was unsere Anliegen berücksichtigt.

Setzt euch dafür ein, dass der erste Satz unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, endlich zum Tragen kommt!

Redner*innen:

Samir von Zeugen der Flucht

Annick von der Seebrücke